

Unterstützung des ICAN-Städteappells für eine atomwaffenfreie Welt

Status: öffentlich	Art der Vorlage: Versandvorlage
Federführung: Geschäftsstelle Gemeinderat/Wahlen/Statistik	Beteiligte Ämter:
Beratungsfolge:	
Gemeinderat	24.09.2020 Beschlussfassung öffentlich
Befangenheit:	
Stadtleitbild	-

I. Beschlussantrag:

Der Gemeinderat beschließt, dass sich die Stadt Ellwangen dem ICAN-Städteappell anschließt.

II. Sachverhalt:

Ausgangssituation

1982 gründete Hiroshima das weltweite Städtebündnis Mayors for Peace. Im Frühjahr 2004 wurden 22 Beitrittserklärungen von Gemeinden aus dem Ostalbkreis dem Bürgermeister von Hiroshima übergeben. Im Dezember 2007 wurde das Mutlanger Manifest veröffentlicht, da es damals die ersten Diskussionen um die Auflösung des INF-Vertrages gab.

2017 wurde das Mutlanger Manifest angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen aktualisiert. Neben der Forderung, den INF-Vertrag zu erhalten, enthielt es die Aufforderung, dem inzwischen existierenden Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Der ICAN-Städteappell greift diese Forderung des Mutlanger Manifestes auf.

Das Städtebündnis Mayors for Peace, an dem sich die Stadt Ellwangen beteiligt, ist eine der Partnerorganisationen der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN).

ICAN-Städteappell

ICAN ist ein globales Bündnis in mehr als 103 Ländern und war Initiator des am 7. Juli 2017 von den Vereinten Nationen in New York verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrags. Im Kern verbietet der Vertrag die Herstellung, die Erprobung, den Besitz, den Einsatz sowie die Androhung eines Einsatzes von Atomwaffen. Darüber hinaus untersagt er den Transfer über und die Stationierung von Atomwaffen im eigenen Staatsgebiet. Staaten, die beim Beitritt zum Vertrag Atomwaffen besitzen, verpflichten sich, diese zu zerstören. Opfern von Atomwaffentests oder -einsätzen wird medizinische, psychologische, wirtschaftliche und soziale Hilfe geleistet. Atomar kontaminierte Gebiete müssen saniert werden. In dem Vertrag werden Atomwaffen ausdrücklich geächtet. Damit werden Atomwaffen als letzte aller Massenvernichtungswaffen verboten.

Der Vertrag liegt seit dem 20. September 2017 zur Unterschrift aus. Bisher haben über 70 Staaten unterzeichnet und über 26 Staaten den Vertrag ratifiziert. 90 Tage nach der 50. Ratifizierung wird der Vertrag in Kraft treten.

ICAN erhielt für ihre Arbeit, mit der sie auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen eines jeglichen Einsatzes von Atomwaffen aufmerksam machten und für ihre Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen, 2017 den Friedensnobelpreis.

Zahlreiche Städte in Deutschland und aller Welt haben sich bereits dem ICAN-Städteappell angeschlossen. Auch die Bundesländer Berlin, Bremen Hamburg und Rheinland-Pfalz haben sich der Aufforderung, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten, angeschlossen. Bislang ist die Bundesrepublik Deutschland dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (Atomwaffenverbotsvertrag) nicht beigetreten. Im Mayors for Peace Action Plan (2017-2020) wurde festgehalten, dass alle Staaten, die noch nicht dem Atomwaffenverbotsvertrag beigetreten sind, durch die Mayors for Peace Mitglieder aufgefordert werden, diesen Schritt „schnellstmöglich“ zu vollziehen.

Mit dem ICAN-Städteappell wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Die Städte haben die Pflicht, sich für das Wohlergehen ihrer Bürgerinnen und Bürger und so für den Frieden einzusetzen. 96 Städte haben sich bisher dem ICAN-Städteappell angeschlossen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen sowie der Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen und diese zu zerstören. Die Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und setzen so ihre Bürgerinnen und Bürger der Vernichtungsgefahr aus. In der Vergangenheit ist Deutschland immer wieder nur knapp einem Atomkrieg entkommen. Der INF-Vertrag, durch den der Ostalbkreis atomwaffenfrei wurde, ist inzwischen außer Kraft. Daher ist das Engagement von Kommunen umso wichtiger, um den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach Frieden an die Bundesregierung heranzutragen.

Die Unterzeichnung des ICAN-Städteappells durch die Stadt Ellwangen unterstützt damit das gemeinsame Ziel der Organisationen, eine Welt ohne Atomwaffen zu verwirklichen.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat mit Schreiben vom 26.08.2020 (s. Anlage 1) den Beitritt zum ICAN-Städteappell beantragt. Die SPD-Fraktion hatte diesen Antrag bereits bei den Haushaltsplanberatungen 2020 (s. Anlage 2) gestellt. Die Anträge werden von der Stadtverwaltung unterstützt. Nach positivem Beschluss des Gemeinderats wird folgender ICAN-Städteappell an die zuständige Bundesregierung übersendet:

„Die Stadt Ellwangen (Jagst) ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

III. Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

IV. Anlagen

1. Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 26.08.2020
2. Antrag SPD-Fraktion zur Haushaltsplanberatung 2020